



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

B 35 A Jahresbericht 2019 - Teil I und Teil II: - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2019 / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Das kantonale Planungsinstrument des Jahresberichtes befasst sich generell mit der Vergangenheit. Beim Jahresbericht 2019 wird dies besonders deutlich, denn der abgebildete Zeitraum scheint, zumindest gefühlt, weit zurückzuliegen. Das Corona-Virus war weit entfernt, der Wirtschaftsmotor schnurrte, und auch Politik und Gesellschaft funktionierten im Normalbetrieb. Trotzdem ist gerade der Jahresbericht 2019 wichtig, einerseits als klassischer Rechenschaftsbericht, andererseits als umfassendes Bild, in welchem Zustand der Kanton Luzern in die Corona-Krise eingetreten ist und welchen Handlungsspielraum er für die Zukunft hat. Die Ausgangslage für das Jahr 2019 war nicht einfach eitel Sonnenschein. Mit einem budgetierten Defizit von 41,5 Millionen Franken musste der Kanton Luzern um die Einhaltung sämtlicher Vorgaben der Schuldenbremse kämpfen. Umso erfreulicher sind die Ergebnisse, wie sie sich zu Jahresende präsentieren. Die Jahresrechnung 2019 schliesst mit einem erfreulichen Ertragsüberschuss von 64,1 Millionen Franken ab. Dies entspricht einer Verbesserung gegenüber dem Budget von 105,6 Millionen Franken. Hauptgründe für diese Verbesserung sind höhere Steuererträge, die doppelte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sowie eine gute Ausgabendisziplin. Die Steuererträge der natürlichen Personen lagen 50 Millionen Franken oder 5,2 Prozent über dem Budget. Bei den juristischen Personen wurde das Ziel hingegen um 11,6 Millionen Franken oder 9,4 Prozent unterschritten. Die doppelte Gewinnausschüttung der SNB brachte dem Kanton einen Mehrertrag von 32 Millionen Franken ein. Doch auch die übrigen Hauptaufgaben konnten mit einer guten Ausgabendisziplin wesentlich zu diesem Ergebnis beitragen. Herauszustreichen sind Budgetunterschreitungen bei der allgemeinen Verwaltung, bei der Bildung, im Verkehr sowie im Bereich Umwelt und Raumordnung. Als wesentlicher Treiber für Einsparungen sieht der Regierungsrat den Fachkräftemangel. Dieser verunmöglichte es insbesondere in den Bereichen Informatik und Verkehr, die geplanten Projekte vollständig umzusetzen. Budgetüberschreitungen waren insbesondere in den Bereichen öffentliche Sicherheit, Gesundheit und soziale Sicherheit zu verzeichnen. Die Gründe sind dabei unterschiedlich: Bei der öffentlichen Sicherheit fehlten budgetierte Erträge, bei der Gesundheit führten höhere Patientenzahlen zu Mehrkosten, und bei der sozialen Sicherheit wurde die Jahresrechnung durch Mehrkosten bei der individuellen Prämienverbilligung belastet. Die Investitionen konnten 2019 wieder hochgefahren werden. Die Nettoinvestitionen lagen 2019 bei 129,3 Millionen Franken, was gegenüber dem Vorjahr einem Wachstum von 35,5 Millionen entspricht. Dennoch wurde das Budget um 17,6 Millionen Franken unterschritten. Grund

dafür sind insbesondere Projektverzögerungen im Bereich Immobilien. Die Nettoschulden sanken von 135,5 Millionen Franken auf 85,8 Millionen. Damit liegt der Kanton nun wieder rund 500 Millionen Franken unter der gesetzlichen Schuldengrenze. Mit diesem Abschluss zeigt sich die finanzielle Ausgangslage für den Kanton Luzern insgesamt deutlich verbessert. Die PFK hat die Botschaft zum Jahresbericht 2019 an ihrer Sitzung vom 3. Juni 2020 beraten. Im Rahmen der Beratung führte sie Hearings mit allen Departementen, der Staatskanzlei, dem Kantonsgericht sowie den Vertretern von LUKS und Lups durch. In der Eintretensdebatte zeigten sich alle Fraktionen über das Ergebnis grundsätzlich erfreut. Trotzdem wurde nicht mit Kritik und Mahnfingern gespart. Die Mehrheit wies darauf hin, dass insbesondere die Gewinnausschüttung der SNB sowie die Steuererträge der natürlichen Personen dieses Jahresergebnis ermöglicht haben. In der Deutung traten dann aber klare Unterschiede zutage. Während die eine Seite die Steuerstrategie mit dem Jahresergebnis bestätigt sah, erkannte die andere Seite genau das Gegenteil. Einigkeit herrschte hingegen wieder bei der Beurteilung, dass 2020 und die Folgejahre aufgrund der Corona-Krise schwierig werden dürften. Bei den Hearings gab es nur wenige Fragen zum Jahresbericht 2019. Herauszustreichen ist auch hier die Diskussion über den Steuerertrag. Verschiedene Fragen zielten auf die unterschiedliche Entwicklung der Steuererträge bei den natürlichen Personen und den juristischen Personen ab. Finanzdirektor Reto Wyss erklärte, dass bei den juristischen Personen das Budget für das aktuellste Steuerjahr weitgehend erreicht wurde, jedoch die Nachträge der Vorjahre unter den Erwartungen blieben. Aus aktuellem Anlass nutzten die Kommissionsmitglieder das eingeräumte Fenster, um auch prospektive Fragen zu den aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit Covid-19 zu stellen. Speziell interessierten hier die Themen Schuldenbremse sowie die Mindererträge beim LUKS und bei der Lups. In diesem Zusammenhang wurde auch der Mitbericht der GASK behandelt. Diese forderte eine Unterstützung des LUKS für die Mindererträge während der Corona-Krise. Die PFK unterstützt diese Stossrichtung. Da es bei dieser Frage aber nicht um den Jahresbericht 2019 geht, wird auf einen formellen Antrag verzichtet. Weitere Mitberichte gingen nicht ein. Das Eintreten auf die Vorlage war unbestritten. Anträge wurden lediglich zum Beschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten gestellt. Hier beantragt Ihnen die PFK, auf die Abschreibung von vier Vorstössen zu verzichten. Insgesamt zeigt sich die PFK mit dem Jahresbericht 2019 sehr zufrieden. Die PFK beantragt Ihnen einstimmig, den Jahresbericht zu genehmigen. Sie beantragt Ihnen mit 15 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten mit vier Änderungen zu genehmigen. Abschliessend beantragt sie Ihnen mit 16 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung auch den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie zu genehmigen. Ich bedanke mich bei Finanzdirektor Reto Wyss und seinem Team für die fundierten Auskünfte und die angenehme Zusammenarbeit in der Kommission. Auch bedanke ich mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Departemente, der Staatskanzlei, des Kantonsgerichtes sowie des LUKS und der Lups für ihre Präsentationen und Informationen und der Leiterin der Finanzkontrolle, Karin Fein, für ihre fachlichen Beiträge. Zum Schluss danke ich den Mitgliedern der PFK für die Disziplin während der Sitzung und die effektive und effiziente Beratung.

Für die CVP-Fraktion spricht Guido Roos.

Guido Roos: Das Vorwort des Regierungsrates im Jahresbericht Teil I trägt den Titel «Bleiben wir in Bewegung». Der Text schliesst mit dem Appell an die Luzernerinnen und Luzerner «Bleiben wir beweglich». Fast zeitgleich mit dem Druck dieses Jahresberichtes mussten die Luzernerinnen und Luzerner ihre Beweglichkeit unerwartet rasch unter Beweis stellen. Als Folge von Covid-19 mussten die Menschen und Unternehmungen, jedoch auch Politik und Verwaltung ihre Prioritäten grundlegend neu ausrichten. Ironischerweise lautete der Appell an die Bevölkerung diesmal «Bleiben Sie zu Hause!». Der Kanton Luzern hat die Covid-19-Herausforderungen mit seinem subsidiären Ansatz gut gemeistert. Er ist schnell auf die neue Situation eingegangen und hat wohlüberlegt und mit gezielten Massnahmen reagiert, und das ist gut so. Nach den finanzpolitisch schwierigen Jahren hat der Kanton Luzern zwar strukturell wieder Spielraum erkämpft, aber dieser ist nach wie vor limitiert. In

der noch nicht komplett überwundenen Covid-19-Situation ermutigen wir den Regierungsrat, mit dem eingeschlagenen Kurs weiterzufahren. Dabei soll alles unternommen werden, um in den nächsten Jahren Sparpakete, Steuererhöhungen und budgetlose Zustände zu vermeiden. Der Kanton Luzern ist gut beraten, finanzpolitisch auch in den nächsten Jahren «auf dem Weg der Tugend» zu bleiben. Zurück zum Rückblick finanzpolitisch fast schon «heilen Welt», dem Jahr 2019: Die CVP ist erfreut über das gute Jahresergebnis 2019. Das zweite positive Jahresergebnis in Folge ist das Resultat der von den bürgerlichen Parteien angestossenen und umgesetzten konsequenten Finanzpolitik. Der Jahresabschluss 2019 zeigt, dass diese funktioniert und wir es auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Luzerner Finanzhaushalt weit gebracht haben. Nicht «vernütigen» wollen wir dabei aber zwei Faktoren, die einen substanziellen und nicht vorhersehbaren Erfolgsbeitrag geleistet haben: die doppelte Ausschüttung der SNB an die Kantone und der Steuermehrertrag bei den natürlichen Personen. Im Gegensatz zur Steigerung bei den Steuern der natürlichen Personen wurden die Steuern bei den juristischen Personen um über 11 Millionen Franken nicht erreicht. Dieser Budgetposten wird auch in Zukunft eine Herausforderung darstellen, umso mehr in den «Nach-Corona-Zeiten». Erfreulich ist jedoch auch, dass zugunsten unserer Bevölkerung mehr investiert und die Nettoschulden nochmals reduziert werden konnten. Die erwähnte Covid-19-Situation mit den damit verbundenen einschränkenden Massnahmen und Auswirkungen wird auch für die Finanzen des Kantons Luzern absehbar eine deutliche Zäsur darstellen. Es stellt sich aktuell nicht die Frage, ob es eine Rezession geben wird oder nicht. Die Frage lautet vielmehr: Wie stark wird der Rückgang sein und wie lange dauert es, bis unsere Volkswirtschaft wieder das Niveau vor der Pandemie erreicht. In diesem Punkt ermutigen wir den Regierungsrat eindringlich, finanzpolitisch in Szenarien zu denken, um – soweit dies überhaupt in unseren Händen liegt – negative Überraschungen zu vermeiden. Einen entsprechenden Vorstoss hat unsere Fraktion eingereicht. Wir hoffen auf breite Unterstützung. Rezession wie auch Hochkonjunktur beginnen vor allem in den Köpfen der Menschen. Die Bereitschaft zum Investieren hängt sehr stark vom Glauben der Menschen an die Zukunft ab. Hier hat die öffentliche Hand eine ganz wichtige Funktion. Das Letzte, was wir nun für den Wiederaufschwung unserer Wirtschaft benötigen, sind Sparprogramme, budgetlose Zustände oder Steuererhöhungen. Covid-19 hat uns auch eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig eine funktionierende flächendeckende Grundversorgung in allen Bereichen ist. Die Planungs- und Finanzkommission hat bei der Beratung des Jahresabschlusses beschlossen, vier Postulate nicht abzuschreiben. Die CVP wird diese Anträge zur Nichtabschreibung unterstützen. Den Antrag von Marcel Budmiger betreffend Nichtabschreibung von Postulat P 701 werden wir ablehnen. Hingegen werden wir den Antrag von Hasan Candan, das Postulat P 201 über die Verwendung von Luzerner Holz beim neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz unterstützen. Mit einem Mitbericht an die Planungs- und Finanzkommission forderte die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit, dass die Aufwendungen des LUKS und der Lups in Zusammenhang mit Covid-19 subsidiär gedeckt werden sollen. Wie vom Präsidenten der PFK, Armin Hartmann, ausgeführt, konnte die PFK dieses Anliegen aus formellen Gründen nur feststellen und nicht als Antrag an den Kantonsrat überweisen. Inhaltlich unterstützt die CVP das im Mitbericht der GASK formulierte Anliegen. Die CVP-Fraktion wird den Jahresbericht 2019 genehmigen. Auch dem Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie wird die CVP zustimmen. Wir bedanken uns bei allen, die zum guten Ergebnis 2019 beigetragen haben, allen voran bei Finanzdirektor Reto Wyss und den Mitarbeitenden der Dienststelle Finanzen. Wir danken zudem dem Präsidenten der Planungs- und Finanzkommission für die sehr kompetente Führung der Kommissionssitzungen. Die Mitarbeitenden des Kantons Luzern setzen sich täglich zum Wohl der Luzerner Bevölkerung ein. Wir danken Ihnen dafür herzlich. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Botschaft B 35 A und B.

Für die SVP-Fraktion spricht Reto Frank.

Reto Frank: Der Kanton Luzern weist in seiner Rechnung für das Jahr 2019 in der Kernverwaltung einen Ertragsüberschuss von 64,1 Millionen Franken aus. Die Hauptgründe für dieses gute Ergebnis liegen im Wesentlichen in höheren Steuereinnahmen bei den

natürlichen Personen und in der doppelten Gewinnausschüttung der SNB. Insgesamt hat der Kanton damit in seiner Rechnung gegenüber dem Budget eine Verbesserung von 105,6 Millionen Franken erzielt. Das positive Ergebnis hat schliesslich dazu beigetragen, dass die Nettoschulden auf 85,8 Millionen gesunken sind. Festzustellen ist auch, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen 11,6 Millionen Franken unter dem Planwert liegen. Im Weiteren sind die Aufwendungen und Erträge des Globalbudgets in praktisch allen Bereichen im Grossen und Ganzen budgetgetreu eingehalten worden. Damit setzt der Kanton seine Steuerstrategie und seine Ausgabendisziplin über mehrere Jahre erfolgreich fort und hat somit auch im vergangenen Jahr zum Abbau der Nettoschulden beitragen können. Damit verbessert er nochmals seine Basis für die geplanten Investitionen in den nächsten Jahren und ist finanziell so weit gut gerüstet, dass er auch unvorhergesehene Ereignisse in der Zukunft finanziell lindern kann. Die weiter ausgebauten Reserven im statistischen Ausgleichskonto und die in der Folge weitere Abtragung der Nettoschulden erleichtern die Einhaltung der kantonalen Schuldenbremse bei künftigen Investitionsausgaben. In den nächsten 10 bis 15 Jahren sind Investitionen über mehrere 100 Millionen Franken geplant. Die Nettoschulden nähern sich folglich in der Zukunft stark der Schuldengrenze. Andererseits sollen mit den Investitionen neben der Kundenzufriedenheit auch Effizienzsteigerungen in Verwaltungsabläufen realisiert werden, was in den Rechnungen zu weniger Aufwendungen führen soll. Neben unvorhergesehenen Ereignissen, die zu ungeplanten Mehrausgaben führen können, kommen auf den Kanton Luzern in allen Bereichen finanzielle Mehrbelastungen wegen der demografischen Entwicklung zu, die er zu bewältigen hat. Für die Zukunft rechnet der Kanton Luzern mit steigender Arbeitslosigkeit. Somit kommen die geplanten Investitionen mit ihrer antizyklischen Wirkung auf die Gesellschaft und die Wirtschaft gerade zum richtigen Zeitpunkt. Der Kanton Luzern hat sich eine Digitalstrategie gegeben, respektive er baut sie noch aus. Bei vielen Investitionen sind immer auch digitale Unterstützungstools integriert, was gerade bei grösseren Projekten zu hohen unvorhergesehenen Kosten führen kann. Solche Erfahrungen sind immer wieder auf allen Staatsebenen bei digitalen Projekten oder Teilprojekten gemacht worden. Bei der Umsetzung der Digitalstrategie stützt sich der Kanton im Jahresbericht 2019 auf die Motion M 557, die den Anstoss zur Digitalisierung in der Verwaltung und in den Schulen des Kantons Luzern gegeben hat. Unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte sollen neben der Motion auch die Postulate P 95 und P 640 hinzugezogen werden. Wir erwarten dazu den Planungsbericht, den die Regierung bis spätestens 2021 dem Parlament vorlegen will. Zu den Abschreibungen von Motionen und Postulat verlangt die SVP entsprechende Korrekturen und unterstützt die Anträge, die folgenden Motionen und Postulate nicht abzuschreiben: Bei der Motion M 496 über die Erstellung eines Berichtes zur Familienpolitik des Kantons Luzern soll der Sozialbericht 2021 abgewartet werden; Postulat P 53 über die Vermittlung von klimarelevanten Themen in der Aus- und Weiterbildung der Landwirtinnen und Landwirte, denn das Anliegen der Postulanten ist noch nicht umgesetzt; Postulat P 34 über die Ausführung eines erheblichen Teils der kantonalen Hochbauinvestitionen in Holz, denn das Postulat ist ein Ausfluss der Klimadebatte, und der geforderte Klimabericht liegt noch nicht vor, daher ist es für die Abschreibung zu früh. Mit der gleichen Begründung wollen wir auch das Postulat P 36 über die CO₂-Kompensation im Luzerner Wald zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudeparks für den Kanton Luzern nicht abschreiben. Mit der Abschreibung der anderen von der Regierung vorgeschlagenen Motionen und Postulate ist die SVP einverstanden. Die SVP genehmigt den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Festzuhalten ist allerdings, dass fast alle Unternehmungen aus der Mehrheitsbeteiligung des öffentlichen Rechts mit der Risikoeinteilung A oder B ihre wirtschaftlichen Ziele 2019 nicht erreicht haben. Das Luzerner Kantonsspital zum Beispiel hat Mehrbelastungen im vergangenen Jahr mit einem für das Spital ungünstigen neuen Tarifsysteem und wegen der Einführung der Software LUKIS bewältigen müssen. Neue Systeme erfordern immer auch gute Einführungen und die Begleitung der Belegschaft, vor allem in der Einführungsphase. Diesem Aspekt muss in künftigen Projekten genug Aufmerksamkeit eingeräumt werden. Im

Kantonsspital Luzern werden gemäss der Planung in den nächsten 10 bis 15 Jahren über 1 Milliarde Franken investiert. Diese Neuerungen von Gebäuden und Prozessen usw. erfordern, dass das Augenmerk auch auf die personelle Verträglichkeit gerichtet werden muss. Der Kanton Luzern kämpft praktisch in allen Bereichen gegen die Unterbesetzung beim qualifizierten Personal. Wir unterstützen den Kanton Luzern in seinem Bestreben, attraktive und konkurrenzfähige Stellen zu gestalten. Wir unterstützen ebenfalls die weiteren Grundsätze der kantonalen Finanzpolitik, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, die Effizienz zu steigern, sich für selbstverantwortliche Gemeinden einzusetzen, die Finanzkraft und die finanzielle Unabhängigkeit des Kantons zu stärken, und sie unterstützt eine vorausschauende Schuldensteuerung unter Einhaltung von Notreserven. Die gute finanzielle Lage des Kantons Luzern darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die enormen Investitionsvorhaben grosse planerische, finanzielle und personelle Herausforderungen darstellen werden, die schnell zu unberechenbaren Problemen und Kosten führen könnten, insbesondere wenn unvorhergesehene Ereignisse oder neue, digitalisierte Prozesse mit hohem Anspruch an die Mitarbeitenden zu übermässig hohen Mehrbelastungen aller Art führen würden. Der Kanton Luzern ist daher gerade in den nächsten Jahren vermehrt auf qualifiziertes Personal angewiesen. Kostenbewusstsein, Effizienz und Effektivität sind weitere Parameter, die mit qualifizierten und zufriedenen Mitarbeitern sowie mit einem nachhaltigen Ressourcenmanagement eingehalten werden sollen. Wir danken der Regierung und der Verwaltung für die Zusammenarbeit in der PFK. Die SVP unterstützt die Regierung in ihren Vorhaben und tritt auf die Botschaft B 35 über den Jahresbericht 2019, Teil I und Teil II, ein. Die SVP-Fraktion genehmigt den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Die SVP-Fraktion genehmigt den Jahresbericht 2019, Teil I und Teil II. Bei den Abschreibungen von Motionen und Postulaten verlangt die SVP allerdings die vorher erwähnten Änderungen vorzunehmen und unterstützt entsprechende Anträge und somit auch die Beschlüsse der PFK.

Für die FDP-Fraktion spricht Patrick Hauser.

Patrick Hauser: Der Überschuss von 64,1 Millionen Franken zeigt klar, dass sich die Massnahmen der letzten Jahre weiterhin auszahlen. Damit wird das budgetierte Resultat um sage und schreibe 105,6 Millionen Franken übertroffen. Das letztjährige Spitzenergebnis wurde um «nur» 3,5 Millionen Franken verpasst. Zugegeben, ein Teil des Resultates ist das Ergebnis von Sondereffekten, was wir sicher noch öfters zu hören bekommen werden. Trotzdem ist auf breiter Front eine Konsolidierung erkennbar. Die Einnahmen bei den Staatssteuern sind gegenüber dem Vorjahr um 12,9 Millionen Franken gestiegen. Dabei haben die Einnahmen der natürlichen Personen um 28,6 Millionen Franken zugenommen, während diejenigen der juristischen Personen um 15,7 Millionen abgenommen haben. Hier stehen uns in den nächsten Jahren voraussichtlich andere Zahlen ins Haus. Das Wachstum des Steuerertrags wird begleitet von einer Zunahme bei den NFA-Einnahmen von 12,7 Millionen Franken. Bei praktisch allen Vergleichen der Hauptaufgaben mit den Globalbudgets schliessen diese unterhalb des Budgets ab. Es wird generell sorgfältig mit den Mitteln umgegangen. Das statistische Ausgleichskonto der Schuldenbremse ist auf einen Betrag von 271,6 Millionen Franken angestiegen, dies trotz wiederholt tiefen NFA-Zahlungen. Die Nettoverschuldung des Kantons ist mit 85,8 Millionen Franken auf dem tiefsten Stand seit mehreren Jahrzehnten angelangt. Das schafft den notwendigen Handlungsspielraum, um die aktuellen und künftigen ausserordentlichen finanziellen Herausforderungen bewältigen zu können. Es gilt also auch weiterhin: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Wir werden, nicht zuletzt aus diesem Grund, auch weiterhin konsequent an der bewährten Finanzstrategie und der Schuldenbremse festhalten. Diese Ausführungen zeigen, dass, wie die FDP immer wieder dargelegt hat, die Steuer- und die Finanzstrategie des Kantons funktionieren. Dass nicht nur die FDP das so sieht, belegen auch die diversen Resultate von Volksabstimmungen, welche diesen Kurs wiederholt mit deutlichen Mehrheiten bestätigt haben. Möglicherweise wird von anderer Seite auf die neueste Bevölkerungsbefragung hingewiesen, welche im Bereich der Steuern und Finanzen Unzufriedenheit ausmacht. Hier gilt es die gesamten Resultate der Umfrage anzusehen. Die

Leistungen des Kantons werden von der Bevölkerung in fast allen Bereichen als gut bis hin zu so gut beurteilt, dass Sparpotenzial vorhanden ist. Wir sind also sehr gespannt auf die in Aussicht gestellte zusätzliche Befragung zu den Finanz- und Steuerfragen. Für das vorliegende Resultat danken wir der Regierung, der Verwaltung und den Staatsangestellten unseres Kantons. Wir sind erfreut, dass die bewährte Finanzpolitik des Kantons Luzern auch unter neuer Leitung weitergeführt wird. Die FDP-Fraktion tritt auf die Botschaft B 35 ein und stimmt B 35 A zu. Bei B 35 B folgen wir dem Antrag aus der Beratung der Planungs- und Finanzkommission unseres Rates. Die weiteren eingegangenen Anträge werden wir ablehnen. B 35 C nehmen wir zur Kenntnis.

Für die SP-Fraktion spricht David Roth.

David Roth: Die Jahresrechnung zeichnet auch dieses Jahr das gleiche Bild: Die natürlichen Personen kompensieren die fehlenden Steuereinnahmen, welche sich die Regierung jährlich von den juristischen Personen erhofft. Eine funktionierende Steuerstrategie müsste die Bevölkerung entlasten, aber das Gegenteil ist leider weiterhin der Fall. Das kontrastiert einmal mehr mit den alljährlich unter Jubel präsentierten Zahlen bezüglich der neu im Handelsregister eingetragenen Firmen – ein alljährliches Ritual, das unser neuer Finanzdirektor von seinem Vorgänger übernommen hat. Aber die Firmen sind in der Regel Briefkastenfirmen ohne Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Wenn Sie wie ich in Ihrer Nachbarschaft eine 4-Zimmer-Wohnung mit 40 Firmen haben, dann wissen Sie, wovon wir sprechen. Es ist dieses Missverhältnis, welches zur Steigerung unseres Ressourcenpotenzials führte, welches sich dann aber eben nicht in Steuereinnahmen, sondern in Minderbeiträgen im Nationalen Finanzausgleich äusserte. Die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen sind 10 Millionen Franken unter dem Budget. Das ist schlecht. Aber noch schlechter ist diese Zahl, wenn man die Prognosen für das Jahr 2019 vor ein paar Jahren herbeizieht. Wenn man dann noch die Prognosen herbeizieht, welche die Luzerner Regierung bei der Senkung der Steuern für juristische Personen versprach, dann klaffen Erwartung und Realität noch viel weiter auseinander. Bei der Präsentation der Jahresrechnung verweist die Regierung jeweils mit Stolz auf eine Bewertung ihrer Finanzpolitik durch die Universität Lausanne. Ich gratuliere der Finanzdirektion natürlich zu den guten Noten, welche sie von der Universität Lausanne erhalten hat. Was dort allerdings nicht bewertet wird, sind die Leistungen, welche die Regierung ihrer Bevölkerung gegenüber erbrachte. Die guten Zahlen wurden unter anderem über Verstösse gegen Bundesrecht erreicht. Aber darin zeigt sich das fehlende Verständnis dieser Regierung und dieses Parlaments, dass Finanzpolitik eine Folge der übrigen Politik sein muss und nicht das Primat. Der nach der Regierung erfolgreiche Abschluss drückt sich eben auch im Fachpersonenmangel und daraus resultierenden geringeren Personalkosten aus oder in den 25 Millionen Franken, die zu wenig an Ergänzungsleistungen ausbezahlt wurden. Es bleibt nur zu hoffen, dass uns diese Versäumnisse in den kommenden Jahren nicht noch mehr belasten werden. Die Überschüsse kamen analog zu den Entwicklungen zustande, die alle Kantone durchgemacht haben, und nicht weil Luzern besonders gut gearbeitet hat. Der Jahresabschluss steht zudem an einem Endpunkt einer wirtschaftlich sehr erfolgreichen Periode und insbesondere eines erfolgreichen Jahres, und zwar in der ganzen Schweiz und nicht nur im Kanton Luzern. Mit der Corona-Krise droht die Schweiz nun in eine Rezession abzurutschen. Die Regierung muss nun die finanziellen Mittel freigeben, um die Krise zu bewältigen. Dass das statistische Ausgleichskonto für schlechte Zeiten ausreicht, ist nicht sicher. Die aktuellen Zeiten haben gerade gezeigt, wie absurd eine Regelung wie die Schuldenbremse ist. Es ist keine Frage dieser 271 Millionen Franken, wie teuer diese Krise sein wird. Wir werden diese Krise unabhängig davon bewältigen müssen. So hat auch das Eidgenössische Finanzdepartement unter Ueli Maurer klargemacht, dass der Staat nun antizyklisch eingreifen muss. Ich habe den Regierungspräsidenten an der letzten Session so verstanden, dass man weiterhin Leistungen überprüfen muss und allenfalls ein Sparpaket ins Auge fassen wird. In der Kommission habe ich dann beruhigenderweise vom Finanzdirektor erfahren, dass kein Sparpaket geplant ist. Ich warne davor, dass wir Dinge, die wir gestern als sinnvoll erachtet haben, nun auf die lange Bank schieben. Jetzt ist die Zeit, unsere

Sicherheitssysteme zu stärken. Namentlich erwähne ich hier die Prämienverbilligung für Niedriglöhner ohne unterstützungspflichtige Kinder. Der passive Umgang der Regierung und unseres Rates mit Massnahmen zur Corona-Pandemie verschärft die Situation für Personen, welche wirtschaftlich am meisten von der Folge der Corona-Krise betroffen sind. Die subsidiäre Verantwortung des Kantons, welche in der letzten Session unterstrichen wurde, würde eben genau die Wahrnehmung der Verantwortung der Kantone beinhalten. Wir waren nicht auf eine Krise vorbereitet, wir haben einfach zufälligerweise und aufgrund einer vorangehenden Krise zum richtigen Zeitpunkt ein neues Instrumentarium eingeführt. Aber für die Zukunft werden wir uns einen noch grösseren Handlungsspielraum einrichten müssen, um rechtzeitig reagieren zu können. Die SP-Fraktion tritt auf die Jahresrechnung und die dazugehörigen Dokumente ein und wird ihnen zustimmen. Zur Abschreibung von Vorstössen werden wir uns im Detail äussern.

Für die G/JG-Fraktion spricht Urban Frye.

Urban Frye: Der Jahresbericht besteht aus zwei Teilen: Er gibt Auskunft, wie das Geld ausgegeben wurde, und zeigt auf, wie das ausgegebene Geld eingenommen wurde. Eine Würdigung besteht aus einem sachlichen, faktenbasierten Teil und einem politischen Teil, der den sachlichen Teil diskursiv würdigt. Was lässt sich post festum zu den getätigten Ausgaben sagen? Das Budget von gut 1,5 Milliarden Franken musste um 41,5 Millionen ergänzt werden. Mit 0,5 Prozent Abweichung kann von einer Punktlandung gesprochen werden. Mehrausgaben gab es in den Bereichen «Öffentliche Ordnung und Sicherheit», «Gesundheit» und «Soziale Sicherheit», alles nachvollziehbare Mehrausgaben. Demgegenüber stehen Minderausgaben bei der allgemeinen Verwaltung von 10 Millionen Franken. Auf den ersten Blick könnte dies zu einem Lob führen. Die Exekutive als Führungsgremium und die Verwaltung haben gut gearbeitet und Geld gespart. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, wo dieses Geld eingespart wurde, nämlich beim Personal. Es ist ein schmaler Grat zwischen effizient arbeiten und unter Druck eine Leistung erbringen zu müssen. Was die Exekutive als effizientes, leistungsorientiertes Arbeiten bewertet, kann beim Personal als übermässigen Druck empfunden werden, welcher Stress und Frustration auslöst. Der Hinweis – etwa bei den Lehrerinnen und Lehrern –, dass die Fluktuation ja nicht so gross sei, ist nur einer von verschiedenen Indikatoren für die Zufriedenheit von Arbeitnehmenden. Mit der nun ansteigenden Arbeitslosigkeit wird die Fluktuation noch geringer werden. Das hat nicht im Geringsten etwas mit Arbeitszufriedenheit zu tun. Wie wichtig diese – von Neoliberalen als «Humankapital» bezeichnet – ist, haben die vergangenen Monate gezeigt. Gerade die Mitarbeitenden an der Front im Schuldienst, im Gesundheitswesen und bei den Sozialversicherungen haben Unglaubliches geleistet. Das sind jene Kräfte, bei denen in den vergangenen Jahren von der Ratsmehrheit auch immer am meisten Sparpotenzial eruiert wurde. Den Staat schlankhalten, die aufgeblähte Administration zurückbinden, das war alles zu hören. Die Privatwirtschaft kann alles besser: auslagern, privatisieren oder Verwaltungseinheiten zu Profitzentren umbauen. Wie wichtig die sozialen Kontakte für uns Menschen sind, haben die vergangenen Wochen gezeigt. Wenn Sie jene Mitarbeitenden in der Gesundheit, in der Bildung, aber auch bei der Polizei fragen, was ihnen am meisten fehlt, so nennen sie die mangelnde Zeit, die sie den Menschen widmen können, die ihnen anvertraut sind. Was wir aus den vergangenen Wochen lernen könnten, ist, dass unsere Gemeinschaft genau jene Menschen am nötigsten hat, die sich um die verletzlichen, schwachen Mitglieder unserer Gesellschaft kümmern. Ich bin bereits jetzt ernüchert und sehe, dass ausser dem Applaus für diese Angestellten nichts bleibt. Die Schrauben werden wohl noch mehr angezogen, weil jetzt erst recht gespart werden muss. Wenn ich die Präsentation der Jahresrechnung zur Hand nehme, so fallen vor allem die reisserischen Überschriften auf: «Zweiter positiver Abschluss in Folge», «Ergebnis besser als Budget», «Erfolgreiche Luzerner Finanzpolitik». Es scheint, als ob die Exekutive etwas verkaufen will, wovon sie selbst nicht wirklich überzeugt ist. Sonst könnte sie die Ergebnisse nüchtern präsentieren und die Bevölkerung selbst ihre Schlüsse ziehen lassen. Ich kenne kein seriöses Unternehmen, welches sein Ergebnis an der GV mit derart plakativen Buchstaben präsentiert, wie wir sie sonst nur aus der Boulevardpresse kennen.

Bei solchen Grossbuchstaben muss etwas faul sein. Eines zeigt sich sofort: Das positive Ergebnis – der Ertragsüberschuss – stammt im Wesentlichen von Zuwendungen, für die der Regierungsrat gar nichts kann. Es ist keine Leistung des Regierungsrates, wenn die Nationalbank Gewinne ausschüttet, diesmal sogar einen doppelten. Der Überschuss entspricht in etwa der von der Nationalbank getätigten Gewinnausschüttung. Wäre diese nicht erfolgt, wäre gar kein Ertragsüberschuss vorhanden. Die Aufgabe der Nationalbank ist es nicht, Gewinne auszuschütten, sondern für eine stabile Währung zu sorgen. Der Gewinn resultiert aus der Bewertung der sich im Besitz der Bank befindenden Währungen. Es ist sehr gut möglich, dass die Nationalbank hier in den kommenden Jahren massive Korrekturen vollziehen muss, um den Wert des Frankens nicht in die Höhe steigen zu lassen. Ratsam ist, zukünftig mit gar keinen Gewinnausschüttungen zu rechnen, wie das andere Kantone auch machen. Jetzt kommen wir zum zweiten Teil der Mehreinnahmen, den Steuererträgen: «100 Millionen Franken mehr, damit lässt sich unsere Tiefsteuerstrategie super verkaufen», dachte sich wohl der Regierungsrat und schreibt, dass der «finanzpolitische Weg damit bestätigt wird». Was aber ist dieser vom Regierungsrat selbst als «Tiefsteuerstrategie» bezeichnete Weg? Lassen Sie mich diesen kurz zusammenfassen: Wir senken die Unternehmensgewinnsteuern so stark, dass die Unternehmen nur noch höchstens die Hälfte an Steuern zahlen, die eigentlich angemessen wären. Das zieht dann reihenweise Unternehmen nach Luzern, und im Kanton entwickelt sich ein Boom an Start-ups, die sich zu Unicorns entwickeln, also einen Wert von über 1 Milliarde Franken haben. Diese Unternehmen zahlen dann, trotz den sehr geringen Steuersätzen, in Kürze als Ganzes massiv mehr Steuern, und Luzern ist von allen finanziellen Sorgen erlöst. Sie alle wissen, dass genau das nicht passiert ist. Es gab weder wesentlich mehr Neuansiedlungen noch wesentlich mehr Neugründungen. Luzern konnte sich einfach gegenüber den übrigen Kantonen in ein paar Positionen verbessern. So gab es denn auch nicht mehr Steuererträge bei den Unternehmen. Man müsse Geduld haben, das brauche nur etwas Zeit, und dann gehe hier der grosse Reibach los. Gut zehn Jahre später, eine Zeit florierender Wirtschaft, sind die Erträge bei den Unternehmen nicht nur nicht gestiegen, sondern rückläufig: 2018 waren es noch 124 Millionen Franken, 2019 dann 112 Millionen – dies in einer Periode, in welcher der Wirtschaftsmotor brummte wie kaum zuvor. Warum sind diese Erträge rückläufig? Anstatt dies vertieft zu prüfen, ist die Antwort des Regierungsrates lapidar: Da sei halt das eine oder andere grössere Unternehmen in die Verlustzone gerutscht. Fast alle grossen Unternehmen publizieren ihre Zahlen oder kommunizieren zumindest, wenn sie Gewinne schreiben. Mir ist kein grösseres Unternehmen bekannt, welches im vergangenen Jahr markante Verluste schreiben musste. Das kann also nicht der Grund sein. Welcher dann? Wir wissen es nicht, und das ist fahrlässig. Ich kann nicht verstehen, warum der Regierungsrat nicht vertieft prüft, warum seine Tiefsteuerstrategie nicht aufgegangen ist. Wir sehen aber, dass jener Kanton, der als erster den Riecher hatte und seine Steuern senkte und damit tatsächlich erfolgreich war, eben weil er der erste war, auch eine Förderung von Jungunternehmen betreibt, welche diesen Namen verdient. Während der Kanton Luzern sich kaum darum kümmert, dass diese Firmen Startkapital erhalten und einfach auf die Banken verweist, hat Zug eben erhebliche Gelder für die Stützung der eigenen Wirtschaft bereitgestellt, insbesondere für Jungunternehmen. Luzern findet das nicht notwendig, wie wir dann während der kommenden Corona-Debatte sehen werden. Unsere Regierung will gerade einmal so viel verteilen, wie sie vom Bund bekommt. Dabei könnten wir jetzt die Chance nutzen und unsere Wirtschaft für eine Zukunft fit trimmen, in der ökologisches Wirtschaften auch ökonomisch essenziell werden wird. Leider sieht unsere Regierung die Krise nicht als Chance und will zum Courant normal der Vor-Corona-Zeit zurückkehren, ohne aus den gewonnenen Erkenntnissen etwas lernen zu wollen. Wenn der Regierungsrat nun zähneknirschend zugeben muss, dass die Tiefsteuerstrategie bei der Entwicklung der Erträge bei Unternehmen negativ verläuft, verweist er einfach auf die steigenden Einnahmen bei den natürlichen Personen. Es sei eben so, dass diese neu angesiedelten oder neu gegründeten Firmen sehr gut verdienendes Personal einstellen würden, welches dann eben auch sehr hohe Steuern bezahlen würde. Das ist Mumpitz. Ein kleiner Blick in die Statistiken

von Lustat und des Bundes und in den Jahresbericht der Wirtschaftsförderung genügt: Etwa 75 Prozent aller Neugründungen werden vom Gründer oder der Gründerin allein betrieben. Diese Personen haben auch schon vorher Steuern bezahlt. Daran kann es also nicht liegen, dass die Steuererträge bei den natürlichen Personen gestiegen sind. Kommen wir zu den Neuansiedlungen: 378 neue Arbeitsplätze sollen dank der Wirtschaftsförderung 2019 im Kanton Luzern entstanden sein. Luzern hat etwa 260 000 Arbeitsplätze, dies als Relation. Nehmen wir an, diese Arbeitsplätze wären alle für Gutverdienende, und diese würden zum Beispiel je 20 000 Franken Steuern im Jahr bezahlen. Das wären dann 7,5 Millionen Franken Mehreinnahmen, immerhin 7,5 Prozent der Mehreinnahmen bei den natürlichen Personen. Woher aber stammen die restlichen 92,5 Prozent der Mehreinnahmen? Auch da hat der Regierungsrat keine Antwort. Er weiss es schlicht und einfach nicht. Jedes seriöse Unternehmen macht genaue Analysen, woher seine Kunden kommen. Steuerzahlende sind Kunden des Kantons. Sie beziehen eine Leistung und bezahlen dafür Steuern. Werfen wir einen Blick auf die jährliche Zunahme von Privathaushalten. Im Durchschnitt waren es etwas weniger als 2000. Schön wäre es, wenn jeder dieser Haushalte aus Gutverdienenden bestünde. Sagen wir, diese würden alle jetzt auch 20 000 Franken jährlich an Steuern bezahlen. Das wären dann 40 Millionen. Wir haben aber Mehreinnahmen von 100 Millionen. Woher kommen diese 100 Millionen? Der Regierungsrat weiss es leider nicht und scheint es auch nicht wissen zu wollen. Sonst hätte er seine Dienststelle Steuern beauftragt, ein paar Kennzahlen bereitzustellen, etwa in welchem Einkommenssegment sich die Steuereinnahmen im Vergleich zum Anteil an der Bevölkerung wie entwickelt haben. Geht es der Mittelschicht so viel besser, dass diese nun auch erheblich mehr Steuern bezahlt? Oder sind die obersten 10 Prozent so massiv reicher geworden, dass diese nun 100 Millionen mehr abliefern? Was wir wissen, ist, dass sich auch in der Schweiz die Schere zwischen den Superreichen und der Durchschnittsbevölkerung bei den Vermögen immer mehr öffnet, auch wenn die Pensionskassengelder dazugezählt werden. Was mich an dieser politischen Debatte hier stört, sind nicht die unterschiedlichen Haltungen. Es sind die Behauptungen, dass die – zugegeben momentan stabile – finanzielle Situation des Kantons einzig und allein der bürgerlichen Tiefsteuerstrategie zu verdanken sei. Ich würde gerne eine seriöse Debatte führen. Das ist leider nicht möglich, weil der Regierungsrat es einmal mehr versäumt hat, die Grundlagendaten dafür bereitzustellen. Vielleicht will er das auch gar nicht, da es sich dann womöglich noch bewahrheiten würde, dass die Tiefsteuerstrategie eher einen negativen Effekt auf den Staatshaushalt des Kantons hat. Dieser Meinung sind immerhin drei Viertel der Bevölkerung im Kanton, was die letzte Woche publizierte Umfrage zeigt, die vom Regierungsrat selbst in Auftrag gegeben wurde. Was meint der Regierungsrat dazu? Man müsse seine Strategie einfach noch etwas besser erklären, dann verstehe das Volk schon, dass das der richtige Weg sei. Meine Damen und Herren, die erwachsene Bevölkerung besteht aus mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Glauben Sie wirklich, die können alle nicht selbst denken? Die Finanzkontrolle hat die Jahresrechnung seriös und kompetent geprüft und konnte keine Unregelmässigkeiten feststellen. Aus diesem Grund nehmen wir den Jahresbericht und die Jahresrechnung im positiven Sinn zur Kenntnis. Aus politischer Sicht jedoch müsste er abgelehnt werden.

Für die GLP-Fraktion spricht Michèle Graber.

Michèle Graber: Die GLP ist sehr erfreut über das gute Rechnungsergebnis des Kantons Luzern. Geniessen wir den Anblick der Zahlen: Ein Plus von 64 Millionen Franken und ein Plus von 272 Millionen. Dies sind der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung und der Saldo des Ausgleichskontos. Die Rechnung 2020 wird sich wohl mit weniger erfreulichen Zahlen präsentieren. Das Ergebnis ist erheblich besser als budgetiert, die Hauptgründe dafür liegen in den höheren Steuererträgen, aber auch in der Doppelzahlung der SNB. Gleichwohl zeigt sich immer noch ein strukturelles Problem: Das betriebliche Ergebnis ist nach wie vor im Minus. Der Finanzertrag aus dem Finanzvermögen, hauptsächlich erwirtschaftet aus den Dividenden der LUKB, deckt einen wesentlichen Anteil des strukturellen Defizits. Hier operiert der Kanton mit einem beträchtlichen Klumpenrisiko. Ohne das Bankgeschäft – dazu gehört auch die SNB – könnte der Kanton seinen Aufwand nicht mit Erträgen aus Steuern

und Gebühren decken. Das ist seit Jahren so und verschleiert den Zustand der Kantonsfinanzen. Was passiert, wenn die LUKB einmal keine Dividenden zahlt? Ist sich der Regierungsrat dieses Risikos bewusst, und hat er ein Konzept, wie er mit einer solchen Situation umgehen würde? Zu den Einnahmen: Neben Sonderfaktoren ist im Wesentlichen die gute Konjunkturlage im Jahr 2019 dafür verantwortlich, dass die Erträge der Staatssteuern stark angestiegen sind. Da sind die Steuererträge der natürlichen Personen massiv höher als budgetiert. Umso erstaunter sind wir über die Zahlen bei den direkten Steuern der juristischen Personen. Diese liegen 10 Prozent unter dem Budget beziehungsweise 12,5 Prozent unter den Einnahmen von 2018. Die Grundlagen der Budgetierung der Steuereinnahmen sollten einmal grundlegend durchleuchtet werden, da die Einnahmen regelmässig relevante Abweichungen aufzeigen. Anders sieht es bei den Ausgaben aus: Die Abweichungen der Ausgaben vom Voranschlag sind relativ gering beziehungsweise wurden bereits mit einem Nachtragskredit bereinigt. Obwohl wir diesem Nachtragskredit kritisch begegnet sind, erkennen wir eine gute Vorarbeit in der Budgetierung und eine grosse Ausgabendisziplin. Die höchsten Zusatzaufwendungen werden im Gesundheitswesen und in der sozialen Sicherheit verzeichnet. Diese wurden zur Hälfte durch Minderausgaben in der allgemeinen Verwaltung kompensiert. Die Verwaltung hat ihre Kosten um über 10 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag gesenkt. Diese Einsparungen sind aus meiner Sicht überraschend hoch und zu einem grossen Teil auf tiefere Personalkosten zurückzuführen. Es stellt sich für die GLP die Frage, ob die Verwaltung noch alle ihre Aufgaben serös wahrnehmen kann. Stellvertretend nehme ich zwei Themen auf: Investitionen sowie Umwelt und Energie. Wir begrüssen es, dass die Investitionen wiederum zunehmen. Das Investitionsvolumen nähert sich langsam dem Niveau, welches für den Erhalt und den gezielten Ausbau der Infrastruktur notwendig ist. Erfreulich ist, dass die Investitionen die Abschreibungen nun wieder übertreffen. Nur liegen die Investitionsausgaben knapp 60 Millionen Franken tiefer als budgetiert. Diese Unterschreitung ist gemäss Regierung auf Projektverzögerungen zurückzuführen. Nur wie sind diese begründet? Fehlen etwa personelle Ressourcen, um andere Projekte etwas vorzuziehen, wenn es zu ungeplanten Verzögerungen kommt? Die GLP weist darauf hin, dass die ohnehin schon viel zu tiefen Ausgaben im Bereich Umwelt und Energie wieder tiefer als im Budget ausgefallen sind, zum Teil noch tiefer als 2018. Vor dem Hintergrund des dringenden Handlungsbedarfs in den Bereichen des Klimaschutzes, der Biodiversität und der Naturgefahren sind die tiefen Werte beängstigend. Ebenfalls besorgniserregend ist der rückläufige Personalbestand in den entsprechenden Dienststellen. Ich frage mich wirklich, wie die vom Parlament geforderten oder von der Regierung versprochenen Massnahmen bezüglich Klimaschutz umgesetzt werden können. Ich habe den Eindruck, dass die Regierung den dringenden Handlungsbedarf immer noch nicht genügend ernst nimmt. Statt Aufbruch herrscht hier offenbar immer noch Stillstand. Der Finanzdirektor hat bei der Präsentation der Rechnung davon gesprochen, man dürfe bei den Finanzen den Pfad der Tugend nicht verlassen. Ich bitte die Regierung aber, nun endlich den Pfad der Tugend in Sachen Klimaschutz und Schutz der Artenvielfalt zu beschreiten. Zudem wurde der Kanton innert kurzer Zeit dreimal vom Bundesgericht zurückgepiffen, dies aufgrund von gesetzes- oder verfassungswidrigen finanzrelevanten Entscheiden. Da vermisse ich schon etwas diesen Pfad der Tugend. Zur Beteiligungsstrategie und zum Jahresbericht des LUKS: Die Beteiligungen des LUKS bereiten mir grosse Sorgen. Das LUKS plant in den nächsten 10 bis 15 Jahren Investitionen in der Höhe von 1 Milliarde Franken. Das Jahresergebnis 2019 ist negativ. Das Luzerner Kantonsspital hat im Rahmen der Covid-19-Pandemie viel geleistet und seine Verantwortung als Zentrums- und Akutspital wahrgenommen. Die finanziellen Auswirkungen für das LUKS werden aber einschneidend sein. Wie können auf solider Basis so hohe Investitionen getätigt werden? Wie wirkt sich die heutige finanzielle Situation auf die Investitionsplanung aus? Werden Projekte zurückgestellt oder redimensioniert? Wir sind mitverantwortlich für die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des Kantons Luzern. Ich sehe hier den Kantonsrat in der Pflicht, vermehrt kritische Fragen zu stellen und notfalls aktiv zu agieren. Die GLP

bedankt sich herzlich beim kantonalen Personal für sein grosses Engagement und spricht ein grosses Lob aus für seine gute Arbeit. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage B 35 A und B ein und wird die Staatsrechnung genehmigen. Sie genehmigt den Bericht zur Umsetzung der Beteiligungsstrategie und wird dem Antrag zur Abschreibung von Motionen und Postulaten zustimmen, unterstützt aber alle Anträge auf Nichtabschreibung. Die GLP-Fraktion nimmt die Jahresberichte der Lups und des LUKS zur Kenntnis.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich bedanke mich für Ihre Rückmeldungen und nehme zur Kenntnis, dass Sie den Anträgen der Regierung grossmehrheitlich zustimmen. Ich beschränke mich in meinem Votum auf einige zentrale Aussagen. Es wurde mehrmals die Steuerstrategie des Kantons Luzern angesprochen. Ich erlaube mir, trotzdem noch einmal darauf hinzuweisen: 75 Prozent der eingesetzten Mittel sind den natürlichen Personen zugutegekommen, was heute nicht erwähnt wurde. Ja, die Beiträge aus dem Nationalen Finanzausgleich sind zurückgegangen, aber das ist Bestandteil unserer Zielsetzung. Wir möchten weiterhin noch unabhängiger vom Nationalen Finanzausgleich werden. Diese Entwicklung zeigt auf, dass der Kanton Luzern sich im nationalen Vergleich überdurchschnittlich entwickelt hat. Wir sind hier auf dem richtigen Weg unterwegs. Mehrfach angesprochen wurden auch die Nationalbank und ihre Ausschüttungen. Wir sind dankbar für die doppelte Ausschüttung der Nationalbank; im vergangenen Jahr betragen die Mehreinnahmen daraus rund 32 Millionen Franken. Also sind noch andere Faktoren massgebend, dass wir einerseits die Nachtragskredite finanzieren konnten und einen noch höheren Überschuss ausweisen können, als dies die doppelte Ausschüttung der Nationalbank darstellt. Wir werden diese im Sinn einer transparenten Budgetierung natürlich auch zukünftig im Budget aufnehmen. Ich komme zurück zur Regierungserklärung unseres Regierungspräsidenten in der letzten Session: Er hat – und da habe ich mich im Sprechtext noch einmal vergewissert – auf die Herausforderungen in finanzieller Hinsicht angesichts der aktuellen Lage hingewiesen, jedoch kein Sparpaket in Aussicht gestellt, und das ist auch unsere Überzeugung, dass wir ein solches vermeiden wollen. Zur Bevölkerungsbefragung möchte ich den Hinweis geben, dass wir zur Kenntnis genommen haben, dass in vielen Bereichen eine sehr grosse Zustimmung und auch eine sehr grosse Zufriedenheit in unserer Bevölkerung vorhanden ist. In der grossen Mehrzahl der Politikbereiche, zu denen sie befragt wurde, ist dies der Fall. Die Zufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist sehr gross. Dann gibt es auch Bereiche, die nicht erfreulich abgeschlossen haben. Da ist es aber aufgrund der Fragestellung nicht möglich, voreilige Schlüsse zu ziehen. Die Regierung hat sich entschieden, dass wir wissen wollen, wie genau die Befindlichkeit der Bevölkerung ist, und wir möchten hier entsprechend nachfragen. Der Jahresbericht ist eigentlich ein Rückblick, aber er ist auch eine gute Gelegenheit, einen Blick in die Zukunft zu werfen. Der gute Abschluss zeigt, dass es gelungen ist, die finanzielle Situation des Kantons weiter zu konsolidieren. Diese Entwicklung stimmt uns zuversichtlich. Es wäre schwierig, die aktuelle Situation zu meistern, wenn wir nicht in der Vergangenheit positive Abschlüsse hätten aufweisen können. Wir sind dankbar dafür, und ich glaube, wir haben im vergangenen Herbst über den Sinn und Zweck des Ausgleichskontos diskutiert, und ich stelle fest, dass diese Frage heute nicht mehr diskutiert wurde. Die bisherigen Erkenntnisse im Zusammenhang mit Covid-19 haben aber auch gezeigt, dass unsere Schuldenbremse krisentauglich ist und dass wir es geschafft haben, ohne zusätzliche Sondersessionen die notwendigen Massnahmen einzuleiten. Die Regierung will mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt anstreben und die zusätzliche Verschuldung, die sich aus der Corona-Krise ergeben wird, wieder abbauen. Wir haben uns der Nachhaltigkeit verschrieben, und das auch im Bereich der Finanzen. Es kann uns niemand garantieren, dass uns eine Herausforderung wie die Corona-Krise in Zukunft erspart bleibt. Entsprechend ist es auch zu verstehen, dass ich immer wieder darauf hinweise, dass wir den zurückhaltenden Weg, den Weg der Tugend, weiterhin beschreiten sollten. Der aktuelle Zeitpunkt lässt keinen Abbau von Leistungen zu. Die Regierung ist mit den Anträgen der PFK bezüglich Abschreibung von Vorstössen einverstanden. Ich bedanke mich zum Schluss bei der PFK unter der kundigen

Führung ihres Präsidenten für die sehr konstruktive Beratung.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2019, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, zu.